

Kein Gründungskongress?

Tagung *Internationale Politische Theorie*,
Frankfurt am Main, 10.–12. Juni 2010

Eva Marlene Hausteiner

Eine etablierte und klar konturierte politikwissenschaftliche Teildisziplin mit dem Namen Internationale Politische Theorie (IPT) existiert in Deutschland nicht – noch nicht: Diesem Tenor und den davon aufgeworfenen Fragen widmete sich Anfang Juni die gemeinsame Tagung der DVPW-Sektionen Politische Theorie und Internationale Politik, veranstaltet von Nicole Deitelhoff (Goethe-Universität Frankfurt am Main) und Peter Niesen (TU Darmstadt). Frankfurt wirkte dabei als Sitz des 2007 gegründeten Exzellenzclusters Die Herausbildung normativer Ordnungen tonangebend: Normative oder normenanalytische Annäherungen an theoretische Fragen der Politik jenseits des Nationalstaates nahmen breiten, wenn auch sicherlich nicht allen Raum an den drei Veranstaltungstagen ein.

Divergierende Perspektiven auf das im Entstehen begriffene Feld der IPT wurden bereits in der Eröffnungsdiskussion der Zeitschrift für Internationale Beziehungen explizit. Peter Niesen pointierte in seiner Einleitung disziplinäre Hintergründe und Herangehensweisen der Politischen Theorie und Internationalen Beziehungen (IB) an die IPT. Die relativ geringere Rolle der normativen Theorie in den IB im deutschsprachigen Raum sei demnach zumindest aus Sicht der

Politischen Theorie begrüßenswert – diese könne so als „Reflexionswissenschaft“ für die IB einspringen. Die Verbindung von politiktheoretischer Normativität mit den empirisch-analytischen Theorien der IB stehe daher im Zentrum der IPT, wobei die Produktion von Naturrecht als internationale Ethik besonderen Stellenwert einnehme. Legitimationsfragen seien, anders als im Nationalstaat, auf globaler Ebene nicht einfach durch den Verweis auf demokratische Strukturen zu erledigen; Niesen forderte deshalb die Aufrechterhaltung normativer Ansprüche bei ihrer gleichzeitigen Dezentrierung. *Stephan Stetter* (ZIB) riss ebenfalls zwei die gesamte Tagung durchziehende Themen an, nämlich die Frage nach der Art der Zusammenarbeit zwischen Politischer Theorie und IB (trans- oder interdisziplinär?) und dem Grad der Normativität der IPT (Beobachtung erster oder zweiter Ordnung?). Die erste Frage griff *Antje Wiener* (Universität Hamburg) auf und warnte vor einer reinen „Elstern-Interdisziplinarität“, in der dekontextualisierend passende Ansätze gegenseitig appropriiert würden; auch *Oliver Kessler* (LMU München) riet von einem unflexiblen Festhalten beider Teildisziplinen an ihren etablierten Positionen ab. Am Randgebiet der Politikwissenschaft versuchte *Thomas König* (Universität

* Eva Marlene Hausteiner, M.A., Humboldt-Universität zu Berlin
Kontakt: eva.hausteiner@sowi.hu-berlin.de

Mannheim) eine Annäherung aus der Perspektive der ökonomischen Theorie. An die zweite Frage Stetters schloss schließlich Hauke Brunkhorst (Universität Flensburg) an, indem er die Unzulänglichkeit ausschließlich realistischer oder normativer Ansätze zur Grundlage eines Plädoyers für deren Integration nahm: Ein übermäßig reduktionistischer und damit unrealistischer Realismus, im Sinne der IB-Theorie, sei ebenso wenig zielführend wie ein übermäßig idealistischer Normativismus. Holistische Ansätze wie die Systemtheorie und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule würden auch der IPT gut zu Gesicht stehen, so Brunkhorst. Rainer Forst (Goethe-Universität Frankfurt) bekräftigte die Forderung nach einem „realistischen Realismus“ und bestimmte ein mögliches Profil der IPT *ex negativo*: Eine Definition legitimer Herrschaft aus einem normativ minimalistischen, von Rawls inspirierten ‚overlapping consensus‘ sei ebenso unzureichend wie etwa eine funktionale Definition von Menschenrechten oder das Missverständnis von IPT als globale Ethik. Nötig sei dagegen ein Fokus auf das genuin Politische: auf soziale Konflikte und ihre Produktivität sowie auf reale Herrschaftsverhältnisse und deren Überprüfung. *Ex positivo* definierte Nicole Deitelhoff die IPT anhand ihrer Gegenstände: Handle es sich zwar um ein „amorphes Feld“, was Methoden und Fragestellungen anbelange, so verschränkten sich die Erkenntnisinteressen von Politischer Theorie und IB doch in sinnvoller Weise. Die Transformationen des internationalen Systems, und eben nicht nur neue Wahrnehmungsformen, werfen neue Fragen nach Legitimation und dem Umgang mit Dissens seitens internationaler Herrschaftsstrukturen auf. Michael Greven (Universität Hamburg) wandte aus dem Publikum gegen diese Einschätzung ein, dass tatsächlich auch theoretische und normative Perspektiven, wie etwa die Verschiebung von friedens- zu gerechtigkeits-theoretischen Ansätzen hin, deutliche Spuren im Forschungsfeld hinterlassen hätten – ein Wandel, den Deitelhoff mit einer Verschiebung vom Kooperations- zum Governanceparadigma deutete.

Diese ersten Annäherungen an das Feld der Internationalen Politischen Theorie strukturierten die Diskussionen der folgenden zwei Tage und wurden anhand konkreter Anwendungsbeispiele in den Panels evaluiert. Ihre Vorläufigkeit und mangelnde Geschlossenheit erledigte sich damit freilich nicht, und so hatte Klaus-Dieter Wolf (TU Darmstadt) sicherlich nicht Unrecht, wenn er bereits zu Beginn der Eröffnungsdiskussion eine fehlende kohärente „Markenqualität“ der IPT anmerkte.

International Political Theory als Vorbild?

Zu einem späteren Zeitpunkt der Tagung sollte Greven einen nur vordergründig beiläufigen Einwand äußern: Das neue Forschungsfeld müsse richtigerweise nicht als Internationale Politische Theorie, sondern als Theorie der Internationalen Politik bezeichnet werden; schließlich sei nicht die Theorie selbst, sondern deren Gegenstand international. Die Ursache für diese Namensgebung wurde schon von Peter Niesen in den Eingangsbemerkungen erklärt; es handelt sich bei ihr um eine direkte Übersetzung der *International Political Theory*, einer schon seit geraumer Zeit etablierten Forschungsrichtung an angloamerikanischen Universitäten.¹ Grevens Anmerkung legte damit einen grundsätzlicheren Verdacht in Bezug auf das Unterfangen einer IPT in Deutschland nahe: Dass sie sich nämlich nicht nur dem Namen nach an einer direkten Übersetzung der angloamerikanischen IPT ins Deutsche versuchen könnte, wenn nicht nur Fragestellungen, sondern auch Methoden und vor allen Dingen der normative Schwerpunkt in Anlehnung an die englisch-

1 Einflussreiche Publikationsforen für die International Political Theory sind etwa: *Ethics & International Affairs*, *Philosophy & Public Affairs*; und in jüngster Zeit *Journal of International Political Theory* sowie, mit stärkerem IB-Schwerpunkt, *International Theory*.

sprachige Disziplin entwickelt würden. Die Übersetzbarkeit von Forschungsdisziplinen war auf der Tagung eher *en passant* Thema – dennoch wurde die Frage, wie sehr die IPT einer angloamerikanischen *International Political Theory* gleichen soll und kann, implizit wiederholt berührt. Ob etwa eine Tendenz zur „normativistischen Verengung“ (Karsten Fischer, LMU München) zu kritisieren sei und wie sich eine Internationale Politische Theorie zu den politikwissenschaftlichen Teildisziplinen und über ihre Grenzen hinaus verhalten könne – durch derlei Problematiken stand die mögliche Vorbildrolle der *International Political Theory* die gesamte Tagung über im Raum.

Greifbar wurden sie durch drei Nachmittagsvorträge prominenter Größen der britischen und US-amerikanischen IPT am zweiten Konferenztag. *Chris Brown* (London School of Economics) fragte nach den möglichen normativen Grundlagen einer künftigen, sowohl von autoritären als auch demokratisch regierten Großmächten bestimmten Weltordnung. Würden sich in einem solchen Szenario die *emerging powers* dem nach 1945 zunehmend global durchgesetzten westfälischen Interventionsverbot unterwerfen? Brown zufolge zeichneten sich bereits jetzt zwei voneinander getrennte normative Ordnungen ab, die auf verschiedenen Souveränitätsverständnissen ruhen – auf einem ‚weicheren‘, vom Menschenrechtsdiskurs geprägten Zuschnitt in der westlichen Welt und einem rigideren Verständnis unter den neuen Großmächten. Dieser ‚two world theory‘ stellte *Michael Zürn* in der Diskussion die Anzeichen einer Kooptation der *emerging powers* in G20 und IWF entgegen; und in der Tat erschien die Vortragsthese zwar plausibel, aber in ihrem prognostischen Anspruch empirisch nicht zwangsläufig gesichert. *Leif Wenar* (King’s College London) verhandelte mit *Clean Trade in Natural Resources* ein Thema, mit dem er in den vergangenen Jahren beträchtliche Aufmerksamkeit in der IPT erhalten hatte. Ausgehend vom *resource curse*-Theorem demonstrierte Wenar anhand des Beispiels Äquatorialgui-

nea, dass der Export von Rohstoffen gerade aus diktatorisch geführten Staaten nicht nur der einheimischen Bevölkerung selbst, sondern auch den importierenden Staaten des Westens schade. Wenars Kritik am Fehlen eines globalen Eigentumsrechtsregimes, ohne das wie im Falle des Diktators Obiang militärische Gewalt statt Volkssouveränität über Handelsbefugnisse entscheide, mündete in der Forderung nach einem Boykott despotischer Rohstoffexporteure. Stefan Gosepaths Nachfrage, ob Wenar tatsächlich Völkern ein Recht an natürlichen Ressourcen zuspreche oder er dies nur im Rahmen einer non-idealen Theorie voraussetze, war ebenso instruktiv wie der Hinweis darauf, dass der *resource curse* in demokratischen ebenso wie in autoritär regierten Staaten nachgewiesen und somit für Wenars Argument nicht zentral sei. Auf theoretischerer Ebene näherte sich *Terry Nardin* (National University of Singapore), dessen Buch *Law, Morality, and the Relations of States* von 1983 weiterhin zentral für die IPT-Debatte ist, der Frage der Realitätsverwurzelung normativer Politischer Theorie: Eine ‚middle ground ethics‘ dürfe weder in die Fallstricke einer überabstrakten angewandten Ethik geraten noch in einen vorschnellen Realismus umschlagen, sondern müsse einen Ausgleich zwischen substanzieller und prozeduraler Moralität herstellen. In der Diskussion wurde nach diesen Grundlagenüberlegungen eine Antwort auf den Vortragstitel *What is the ‚Political‘ in International Political Economy?* eingefordert. Nardin präziserte, es dürfe sich bei der IPT nicht um eine interpersonale Ethik im globalen Maßstab handeln, sondern die Sensibilität für die kollektive Ebene und für politisches Handeln müsse erhalten bleiben – er forderte damit ein Primat von Politik und Recht vor Ethik und Moral. Zwar handelte er sich so den Vorwurf des Anti-Moralismus und die Frage nach dessen moralischer Grundlage ein (Niesen), doch die hier eingeführte Unterscheidung von Politik und Moral, die Nardin auf Kants Unterscheidung zwischen Tugend und Recht zurückführte, sollte die Tagung bis in die ab-

schließende Podiumsdiskussion beschäftigen.

Die englischsprachigen Gastvorträge, die sich somit – verkürzend gesprochen – Überlegungen zu Ressourcenverteilung, Prognosen für weltpolitische Normenkonjunkturen und einem Plädoyer gegen *applied ethics* widmeten, konnten den Generalverdacht der Empirieferne gegen die *International Political Theory* also nicht erhärten. Möglicherweise waren sie sogar besonders geeignet, diesen Verdacht zu relativieren und zu veranschaulichen, dass auch das englischsprachige Forschungsfeld sich nicht auf Neo-Rawlsianismus beschränkt. Der kurze Blick auf das angloamerikanische Feld aber erwies auch, dass zwar in der *International Political Theory* empirische Rückbindung durchaus gewollt ist, dass aber doch die ideale Theorie und ihre normativen, der Moralphilosophie nahestehenden Fragestellungen eine zentrale, definierende Rolle spielen. Wenn also eine deutsche IPT nicht frühzeitig eine theoretische Verengung vollziehen soll, dann sollte nicht nur nach ihrem Verhältnis zur Empirie – also ihrer Realitätsanbindung –, sondern auch nach der Präsenz nicht-normativer Ansätze, die einem explanatorischen, deskriptiven oder ideengeschichtlichen Erkenntnisinteresse folgen, befragt werden: Diese Formen von Theorie leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Verständnis internationaler politischer Phänomene und Entwicklungen und können auch einer differenzierteren normativen Evaluation nur zuträglich sein. Der Aspekt der Empirie wurde auf der Frankfurter Tagung gebührend und kontrovers diskutiert; die Pluralität von Theorie jenseits des Normativen aber kam nur selten explizit zur Sprache, wenngleich sie in einzelnen Panelvorträgen durchaus demonstriert wurde.

Annäherungen an eine deutsche IPT im Panelkaleidoskop

Die von deutschen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern bespielten Panels zeichneten sich durch hohe Diversität bei

gleichzeitiger Übermacht der Politischen Theorie aus. Vier verschiedene Konzeptionierungsversuche der IPT strukturierten die insgesamt neun Panels;² sie wurde als Gesellschaftstheorie, normative Theorie, IB-Theorie und als Theorie legitimer Herrschaft durchgespielt. Diese Strukturierung allerdings wurde innerhalb der einzelnen Teile selten durchgehalten: Beschäftigte sich etwa ein Panel mit Legitimationsfragen, so waren doch IB-Theorien und normative Ansätze stets mit von der Partie. Schon dieses Misslingen einer Trennung der Perspektiven kann als Erfolgsmeldung der Tagung verbucht werden, demonstriert es doch das zwangsläufige Ineingreifen der Teildisziplinen und Methoden, wenn es um das Ergründen von Phänomenen der internationalen Politik geht.

Mit einer *Gesellschaftstheorie der Internationalen Beziehungen* befassten sich Antje Wiener (Universität Hamburg), Tobias ten Brink (Goethe-Universität Frankfurt) und Michael Zürn (Wissenschaftszentrum Berlin). Wieners und Listes Beitrag widmete sich der Überprüfung von Anne-Marie Slaughters ‚Global Community of Courts‘-These in Deutschland und Kanada. Hinter dieser spezifischen Fallstudie stand die allgemeine Frage nach der normativen Basis und der gemeinschaftsfördernden Wirkung transnationaler institutioneller Entwicklungen wie eben der *Cross-Referencing*-Praxen von Gerichten in Staaten unterschiedlicher Rechtstraditionen. Ten Brinks Beitrag zur „Untersuchung geo-

2 Im Folgenden kann aus Gründen zeitlicher Überschneidung nur eine Auswahl diskutiert werden; die folgenden Panels können daher an dieser Stelle leider nicht eingehender betrachtet werden: Internationale Gerechtigkeit (Eva Herschinger, Tamara Jugov, Clara Brandi, Jürgen Neyer), Kultur/Kommunikation (Sibylle de la Rosa, Jörn Knobloch, Renate Martinsen, Mariano Barbato), Neo-Naturrecht? (Christopher Daase, Marcus Llanque, Jürgen Neyer, Peter Niesen), Ideologiekritik der Internationalen Politischen Theorie (Anna Geis, Axel Heck, Gabi Schlag, Christine Löw, Jens Wissel) und Revision der IB-Theorie (Felix Berenskoetter, Joscha Wullweber, Rainer Baumann, Benjamin Herborth).

politischer Phänomene im globalen Kapitalismus“ versuchte sich an einem groß angelegten, kritischen Blick auf globale Herrschaftsverhältnisse als Ineinandergreifen kapitalistischer und – alles andere als vormoderne – geopolitischer Strukturen. Als Möglichkeiten, diese Strukturen aufzubrechen, deutete den Brink alternative Wirtschaftsmodelle an; der große Argumentationsbogen und die globale Perspektive warfen allerdings in der anschließenden Diskussion Fragen nach der empirischen Evidenz auf. Michael Zürn (*Normativität und Deskription in der Internationalen Politischen Theorie*) plädierte für eine empirische Fundierung aller Forschungsaspekte in der IPT – also der Entwicklung normativer Prinzipien ebenso wie der institutionellen Gestaltung und der konkreten Anwendung – und stellte damit grundsätzlich die Trennbarkeit empirischer und normativer Ansätze in Frage. Da weder normative Überlegungen im empiriefreien Raum stattfinden noch empirische Ansätze sich normativen Voraussetzungen völlig entziehen dürften, seien ein kontinuierlicher Dialog und ein Zusammenwirken beider Theorieperspektiven vonnöten. Vier kosmopolitische Modelle zur Gestaltung globaler Ordnung evaluierte Zürn auf ihre empirische Rückbindung und Umsetzbarkeit hin, um sich dabei für die Seite des kosmopolitischen Pluralismus zu entscheiden. Zürns Prämisse „ought implies can“ – ohne empirische Kontextbedingungen keine validen normativen Aussagen – stellte Nicole Deitelhoff in ihrem Kommentar allerdings kritisch in Frage.

Das folgende, thematisch prägnante Panel zu *Externer Herrschaft*, moderiert von Christoph Weller (Universität Augsburg), versammelte drei unterschiedliche Ansätze zur Legitimationsherleitung. Cord Schmelzle (FU Berlin) brachte in die laufende Debatte über gerechten Krieg und Nachkriegsordnungen eine „Abhängigkeitsthese“ ein, gemäß der sich das *ius post bellum* substantiell aus dem *ius ad bellum*, also den gerechten Kriegsgründen, ergeben müsse. Dieses Argument hat weitreichende Implikationen für die Herrschaftsbefugnis externer kriegsfüh-

render Akteure: Diese haben, so Schmelzles These, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, hinreichende Kriegszwecke nachhaltig zu gewährleisten. Darüber hinaus könnten im Prinzip auch beitragende Kriegszwecke, wie die Realisierung von Minderheitenrechten, legitimerweise verfolgt werden, allerdings sei hier aus Proportionalitätserwägungen Skepsis geboten. Auch das Paper von Daniel Voelsen (FU Berlin) fragte nach der Legitimität externer Herrschaft im Fall von Übergangsverwaltungen wie etwa Ost-Timor oder Kosovo. Voelsens Herleitung vollzog sich mittels dreier Grundannahmen über menschliche Interessen (Autonomie, gleiche moralische Anerkennung und Freiheit von physischem Schmerz), aus deren Berücksichtigung Übergangsverwaltungen Legitimität beziehen und die Gratwanderung des nicht-paternalistischen externen Regierens meistern könnten. Der Beitrag von Thorsten Bonacker (Universität Marburg) und André Brodocz (Universität Erfurt) dagegen argumentierte nicht mit externen Legitimitätskriterien, sondern behandelte die Legitimität internationaler Administrationen als empirisches Problem, also als Resultat von Zuschreibungen und autoritativer Deutungsmacht. Zu diesem Zweck entwickelten Bonacker und Brodocz ein Phasenmodell für Transitionsregime, dessen Nützlichkeit für künftige Forschungsdesigns in der Diskussion mehrfach herausgestrichen wurde. Weller verglich und kommentierte die drei Legitimationsperspektiven und zielte dabei vor allem auf die in den Argumentationen implizierten Normen ab: So fragte er bei Schmelzles und Voelsens Ansätzen nach der Haltung zu konkurrierenden Legitimationsgründen sowie bei Bonacker und Brodocz nach dem Verhältnis zu externen Legitimationsquellen. Die Angreifbarkeiten sowohl rein normativer als auch rein empirischer Ansätze wurden in der Diskussion erneut deutlich: Relativiert die fragwürdige Umsetzbarkeit gesetzter Normen in konkreten Nachkriegsordnungen nicht die vorgebrachten normativ-theoretischen Ansätze (Ina Kerner, HU Berlin)? Sind Kriegs- und Nachkriegssituationen mit Blick auf em-

pirische Beispiele wie den Irakkrieg tatsächlich trennbar (ten Brink)? Steht hinter einem rein empirischen Blick wie dem von Bonacker und Brodocz der unausgesprochene normative Maßstab von Friedensherstellung (Weller)? Das Panel zu externer Herrschaft demonstrierte somit, trotz oder gerade aufgrund der methodischen Heterogenität bei ähnlichem Erkenntnisinteresse der Beiträge, in gelungener Weise deren notwendige gegenseitige Ergänzung, um den Blick auf transnationale politische Phänomene nicht nur zu schärfen, sondern vor allen Dingen zu vervollständigen.

Nicht um klassische Legitimationsquellen, sondern um *Legitimitätsalternativen* ging es in einem anderen Panel am Samstagmorgen. Gegen eine Übertragung des Demokratiebegriffs als Maßstab legitimen Regierens auf transnationale Räume sprachen sich *Jörg Take* und *Dirk Jörke* (Universität Greifswald) aus: Durch sie werde erstens Global Governance zwangsläufig an der Legitimationshürde scheitern, zweitens würden Maßstäbe für demokratisches Regieren verwässert, und darüber hinaus liefen demokratietheoretische Ansätze Gefahr, Institutionen wie NGOs oder deliberative Elitennetzwerke unverdient als demokratisch zu adeln. Hingegen gelte es, graduellere Kriterien zu entwickeln, indem man etwa nach Input-, Throughput- und Outputlegitimität differenziere. *Thorsten Thiel* (Goethe-Universität Frankfurt) evaluierte den Nutzen verschiedener republikanischer Perspektiven auf internationales Regieren und verteidigte einen pluralistischen Republikanismus gegen den republikanischen Kommunitarismus und neo-römischen Republikanismus. Während letztere für eine Ausweitung der Herrschaftssphäre aufgrund eines zu exklusiven Demos-Anspruchs beziehungsweise aufgrund einer Tendenz zur Depolitisierung ungeeignet seien, trage ein pluralistischer Republikanismus gerade der Diversität und Dynamik transnationaler Herrschaft Rechnung: In einer Theorie des pluralistischen Republikanismus seien Stabilität und Legitimität nur durch einen fortlaufenden Prozess der (Re-)Politisierung

und Auseinandersetzung zu erlangen. *Jens Steffek* (TU Darmstadt) erkundete die Ideengeschichte der Vorstellung „guten funktionalen Regierens“ als Alternative zu demokratischer Herrschaftsbegründung. Die Legitimationsquellen der in der Zwischenkriegszeit von einem Kreis britischer Internationalisten um David Mitrany gegründeten Schule seien Effizienz, Wissenschaftlichkeit und rechtsförmige Herrschaft; der Erfolg der Idee funktionalen Regierens bis heute liege gerade in ihrer Konsensfähigkeit auch in nicht-demokratischen Gemeinwesen auf globaler Ebene. *Daniel Gaus* (ARENA Oslo) meldete in seinem Kommentar Zweifel an: Rechtfertige die Gefahr der Verwässerung des Demokratiebegriffs bei Take und Jörke tatsächlich die Abschaffung des Ideals? Auch Cord Schmelzle fragte kritisch nach, ob die so verstandene Legitimität eine Art „Demokratie für arme Leute“ darstelle – die Problematik der begrenzenden Macht der Empirie über normative Maßstäbe holte also auch die Diskussion in diesem Panel ein. Jenseits dieser Frage demonstrierten die beiden Beiträge von Thiel und Steffek indes, dass auch und gerade die Ideengeschichte bei gegenwärtigen Theorieanstrengungen von Nutzen sein kann.

Fragen der Demokratie und Legitimität bildeten einen roten Faden auf der Tagung, der im Panel *Demokratie jenseits des Staates*, moderiert von *Emanuel Richter* (RWTH Aachen), mündete. *Frank Nullmeier* (Universität Bremen) schlug einen großen Argumentationsbogen zwischen sich wandelnden Legitimationsparadigmen und forderte die Einlösung von Volkssouveränität auf globaler Ebene in Form nicht nur einer demokratischen Struktur, sondern einer demokratischen Konstitution internationaler Organisationen. Weltvolkssouveränität durch demokratische Verfassungsgebung auf globaler Ebene – dieser hohe Anspruch und die in großen Schritten verfahrenende Argumentation provozierte in der Diskussion kritische Nachfragen. Auch stand Nullmeiers Beitrag in starkem Kontrast zu dem eher „rekonstruktiven Verfahren“ (Richter) von *Andreas Niederberger* (Goethe-Uni-

versität Frankfurt). Dieser diskutierte den Demokratisierungsgehalt bestimmter Entwicklungen in der Global Governance, wie etwa der Reformen der UN-Menschenrechtskommission und des UN-Sicherheitsrates, und schlussfolgerte die mangelnde und unklare Verwirklichung von traditionellen Demokratie-kriterien wie etwa inklusiver Entscheidungsverfahren und eines gleichen Rechtsstatus der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Wie Richter feststellte, fußte Niederbergers Ansatz damit auf der Übertragung von Demokratie-kriterien und Rechtsinstitutionen von der nationalen auf die globale Ebene. *Christoph Humrich* (HSFK) und *Dawid Friedrich* (Universität Lüneburg) plädierten dagegen, ausgehend von einem von Habermas inspirierten Demokratie-begriff als Ausdruck von und Mittel zur Autonomie, für eine funktional fragmentierte Demokratisierung: Angesichts der funktionalen Fragmentierung von Herrschaft auf globaler Ebene müssten diese Funktionsbereiche auch jeweils auf die Anerkennung von Autonomie überprüft werden. Aus dem Publikum wies Bernd Ladwig (FU Berlin) auf die Schwierigkeit der Evaluation von Maßnahmen auf ihre Autonomie-förderlichkeit hin; auch wurde die Brauchbarkeit des Autonomie-begriffs für globale Herrschaftsverhältnisse aufgrund seines kollektiven Zuschnitts hinterfragt. Die unterschiedlich hohen Ansprüche und möglichen Maßstäbe für transnationale Demokratisierung wurden im letzten Panel der Tagung damit sehr deutlich – ein Fazit, das Takes und Jörkes vorangegangene Kritik am Demokratiemaßstab für globales Regieren erneut in Erinnerung rief.

Gründungskongress oder Feldsondierung?

Hielt Peter Niesen es in seinen einleitenden Worten für unkontrovers, „dass das Untersuchungsgebiet der IPT eine Schnittmenge der Gegenstandsbereiche von Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen“ bilde, so zeigte sich im Verlauf der Tagung wie auch in der Abschlussrunde, dass die

Diskussion über die Einbeziehung weiterer Disziplinen wie der Soziologie und der Internationalen Politischen Ökonomie oder etwa ideologiekritischer Ansätze keineswegs abgeschlossen ist. Unabhängig davon, wie sinnvoll eine solche Ausweitung über die Grenzen der Politikwissenschaft hinaus wäre, veranschaulichten die Forderungen nach einer Öffnung der IPT doch, dass vor allem die methodischen Perspektiven auf internationale politische Phänomene kontrovers sind – und zwar über die zentrale Frage nach Normativität versus Empirie hinaus.

Auch wenn die IPT als Zusammenwirken der Teildisziplinen Politische Theorie und IB begriffen wird, stellt sich die Frage nach einer vorgelagerten Festschreibung oder Offenheit von Gegenstand und Methode, also nach der institutionellen Vorbestimmtheit des neuen Forschungsfeldes. *Stefan Gosepath* (Goethe-Universität Frankfurt) sprach sich in seinem Beitrag zur Abschlussdiskussion gegen einen verfrühten „IPT-Selbstverständigungsdiskurs“ aus: Zunächst müssten Arbeiten zur internationalen Politik vorgelegt werden, um erst im nächsten Schritt einer Reflexion über eine weitergehende Institutionalisierung Raum zu machen. *Benjamin Herborth* (LMU München) wandte dagegen die Abhängigkeit gerade des akademischen Mittelbaus von institutionellen Rahmenbedingungen ein: Die derzeitigen Anreizstrukturen für interdisziplinäres Arbeiten in den Politikwissenschaften seien so entmutigend, dass junge Forscherinnen und Forscher schnell einer „teildisziplinären Staatenlosigkeit“ zum Opfer fielen – damit legte er eine zügige Institutionalisierung der IPT in weiteren Lehrstühlen und Forschungsprojekten nahe. Die Zusammenarbeit zwischen Politischer Theorie und IB sei zudem essentiell notwendig: Wenn die Politische Theorie für die IB als Reflexionsdisziplin diene – so Peter Niesens Formulierung zu Tagungsbeginn –, so sei sie ihrerseits auf die stärker empirischen Beiträge der IB angewiesen. Dieses wechselseitige Verhältnis dürfe sich aber dennoch – so der Konsens in der Diskussion – nicht auf eine festgelegte instrumentelle Arbeitsteilung beschränken. Die

Zusammenarbeit der Teildisziplinen nach Maßgabe der jeweiligen Fragestellung forderte auch Michael Zürn: Die Relevanz und Brisanz internationaler politischer Themen sei ebenso augenfällig wie das Schweigen in der theoretischen Aufarbeitung und Analyse, beispielsweise in der Debatte um den deutschen Afghanistaneinsatz. *Rainer Schmalz-Bruns* (Universität Hannover) rechnete der Tagung mindestens eine performative Leistung für die Etablierung der IPT an. Wenn sie schon nicht ein Gründungskongress sein wolle und könne (Gosepath), so verleihe sie doch den Ansätzen der Internationalen Politischen Theorie disziplinäre Sichtbarkeit. Schließlich setzten sich sowohl Zürn als auch Schmalz-Bruns und Frank Nullmeier erneut mit dem Stellenwert von Normativität in der IPT auseinander: Begriff Zürn nicht-ideale Ansätze als besonders fruchtbare Betätigungsfelder, so warnte Schmalz-Bruns vor einer Regression in bloße „Aspirativität“ angesichts der realen Grenzen von normenorientiertem Handeln. Auch Nullmeier begriff die normative Überprüfung politischer Herrschaft jenseits des Staates ebenso wie deren empirische Analyse als zentrale Aufgaben der IPT.

Dass das Spannungsverhältnis zwischen idealer und nicht-idealer Theorie gerade in einer in Entstehung – oder Institutionalisierung – begriffenen IPT augenscheinlich und greifbar, aber darum nicht weniger komplex wird, darf damit als ein Ergebnis der Tagung begriffen werden. Die fehlende Kongruenz dieser Spannungslinien mit den disziplinären Grenzen zwischen Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen macht das Unterfangen eines solchen Zusammenwirkens dabei nicht einfacher, sind doch klare Ar-

beitsteilungen damit von vorneherein ausgeschlossen. Rainer Schmalz-Bruns warnte aber eindringlich vor der angesichts dieser Komplexität drohenden Beliebigkeit im Umgang mit den betreffenden Forschungsfragen. Nötig sei etwa eine gründliche Theoretisierung der Kriterien für die Wahl normativer Ansprüche.

Unterrepräsentiert in der Debatte um Profil und Zukunft einer IPT blieb letztlich die normativen Überlegungen vorgelagerte Frage nach den geeigneten Gegenständen für ein solches „amorphes Feld“: Sind Methoden und disziplinäre Perspektiven kontrovers, so sollten zunächst die zu betrachtenden politischen Phänomene definiert werden. Wertvoll war hier Benjamin Herborths Verweis auf die Unschärfe des Begriffs der Internationalen Politischen Theorie, wenn er nach der weiterhin unklaren Bedeutung des ‚Internationalen‘ fragte. In der Tat bleibt daher abzuwarten, wohin sich der Fokus ‚junger‘ Internationaler Politischer Theorie verengen, ausweiten oder verschieben wird: ins Internationale, Transnationale oder schlicht Globale? In Frankfurt waren in diesen Junitagen Fragestellungen zu politischer Ordnung und Herrschaft auf all diesen Ebenen, und zudem aus den verschiedensten methodischen Perspektiven, vertreten. Diese Vielfalt, die laut Organisatorin Nicole Deitelhoff die Vielfalt der eingereichten Papers widerspiegelt, lässt erahnen, dass es der Internationalen Politischen Theorie in Deutschland, wenn sie nicht nur Zweigstelle der *International Political Theory* sein will, in Zukunft weder an inhaltlichem noch an – bei 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – personellem Potential mangeln wird.